

KURZ UND PRÄGNANT

Es gilt: „Frieden schaffen ohne Waffen!“

Angesichts der dramatischen Situation im Nahen Osten hat Bodo Ramelow eindringlich vor einem Militärschlag in Syrien gewarnt: „Einen Freibrief für einen Militäreinsatz in Syrien lehnen wir strikt ab. Die Folgen wären nicht kalkulierbar, damit würde ein Flächenbrand riskiert. Ziel aller Initiativen muss sein, den Krieg in Syrien auf diplomatischem und politischem Weg zu beenden.“ Kein Staat sei berechtigt, selbstlegitimierte Gewalt als Antwort auf eine solche schreckliche Tat zu geben. Wenn die Verantwortlichen für den Giftgasanschlag gefunden werden, gehörten sie vor den Internationalen Strafgerichtshof. Bodo Ramelow unterstreicht die Forderung der LINKEN, alle Waffenexporte nach Syrien und die umliegenden Länder zu stoppen. „Die weitere Aufrüstung würde bedeuten, den bewaffneten Konflikt und den Bürgerkrieg in Syrien weiter zu unterstützen. Eine Gewalteskalation bringt aber keinen Frieden.“ Angesichts der Zuspitzung der Situation fordert Bodo Ramelow, dass die Bundeswehr die deutschen Patriot-Raketeneinheiten umgehend aus der Türkei abziehen müsse. „Für uns gilt nach wie vor: Frieden schaffen ohne Waffen!“ ■

Länderfinanzausgleich auch nach 2019

Der Länderfinanzausgleich wird von Bayern und Hessen beklagt, obwohl er ohnehin ab dem Jahr 2020 neu gestaltet werden muss. Der Finanzpolitiker der Linksfraktion im Thüringer Landtag, Mike Huster, wertet diese Klage als Versuch der Geberländer, die Finanzbeziehungen der Länder in Richtung eines Wettbewerbsföderalismus umzugestalten. Die Neugestaltung des Länderfinanzausgleichs sei schon deshalb notwendig, weil die Förderung der neuen Bundesländer durch den Solidarpakt im Jahr 2019 auslaufe. „Die Angleichung der Finanzkraft der Bundesländer untereinander bleibt auch nach 2019 ein Auftrag des Grundgesetzes. DIE LINKE fordert ein, dass dieser Finanzausgleich solidarisch und gerecht gestaltet wird. Ein Wettbewerbsföderalismus lässt die Unterschiede zwischen reichen und armen Bundesländern nur noch größer werden.“ Für DIE LINKE ist es zudem wichtig, dass die kommunalen Steuereinnahmen künftig zu 100 Prozent beim Länderfinanzausgleich angerechnet und auch die in den einzelnen Ländern stark variierenden Sozialausgaben berücksichtigt werden. ■

Immer mehr über 70jährige mit Minijobs

Arbeitende Thüringer Rentnerinnen und Rentner Beleg für zunehmende Altersarmut

Mit Verweis auf die Antwort der Landesregierung auf eine von ihr gestellte Kleine Anfrage „Arbeitende Rentnerinnen und Rentner in Thüringen“ erklärte Karola Stange: „11,3 Prozent der Rentnerinnen und Rentner in Thüringen sind im Bundesvergleich armutsgefährdet. Die Landesregierung verschläft trotzdem jede politische Reaktion angesichts zunehmender Altersarmut.“

Nach Auskunft der Landesregierung beziehen derzeit ca. 4.700 Menschen in Thüringen Grundsicherung im Alter oder wegen Erwerbsunfähigkeit. Diese Zahl stagniert weitestgehend seit 2007. Dennoch ist dies kein Anzeichen für eine stabile Rentensituation.

„Wie die Landesregierung zugibt, ist die Dunkelziffer derjenigen, die trotz eines Rechtsanspruchs nichts beantragen, exorbitant hoch. Nach Studien stellen ca. 70 Prozent der Berechtigten keinen Antrag, oftmals aus Scham. Dabei sollten sich nicht die Betroffenen, sondern vielmehr die verantwortlichen Poli-

tiker schämen. Ein sinkendes Rentenniveau, Niedriglöhne und die immer weiter auf sich warten lassende Beseitigung des DDR-Rentenunrechts müssen endlich angegangen werden“, forderte die LINKE Landtagsabgeordnete.

Besser als die durch hohe Dunkelziffern belasteten Grundsicherungsdaten spiegeln die Zuwächse im Bereich der Minijobs das Problem Altersarmut. „Inzwischen gehen fast 18.000 Menschen mit über 65 Jahren in Thüringen einem Minijob nach – mit horrenden Wachstumsraten. Gerade in der Altersgruppe der 70- bis 75-Jährigen stieg die Zahl der Minijobgenden seit 2007 um mehr als 50 Prozent an. Auch in der Altersgruppe der über 75-Jährigen gibt es einen Zuwachs von weit über 20 Prozent im selben Zeitraum. Diese Zahlen belegen die inzwischen erschreckend hohe Altersarmut in Thüringen und sind ein politischer Skandal“, betonte Karola Stange. Die Entwicklung scheint die Landesregierung jedoch nicht weiter zu beunruhigen, gemessen an ihren kaum vorhandenen Aktivitäten. „Keine einzige

Initiative hat die Landesregierung im Bundesrat für eine Angleichung der Ost-West-Renten gestartet. Beim Mindestlohngesetz hat sie sich schlussendlich enthalten. In allen diesen Bereichen haben dafür beide Regierungsfractionen mit schöner Regelmäßigkeit Anträge der LINKEN im Thüringer Landtag weggestimmt. Und der Verweis auf das Landesarbeitsmarktprogramm kann angesichts der Zahlen nur als blanker Hohn verstanden werden.

Wir brauchen eine Existenz und Würde sichernde Mindestrente jetzt, um diesen erschreckenden Entwicklungen Einhalt zu gebieten, und wir brauchen eine Landesregierung, die ihren Ankündigungen im Koalitionsvertrag Taten folgen lässt. Eine Landesregierung, die eklatante Probleme ignoriert, braucht Thüringen nicht“, schlussfolgerte die Abgeordnete.

Antrag der LINKEN im Landtag

Die Linksfraktion legt jetzt einen Antrag vor „Benachteiligung ostdeutscher Rentnerinnen und Rentner endlich beenden!“ Der Landtag soll die Landesregierung auffordern zu berichten:

1. welche Auswirkungen die gesetzlich festgelegte Rentenlücke zwischen Ost- und Westdeutschen in Thüringen bisher und bei Beibehaltung auch in Zukunft hat. Dabei sind insbesondere Fragen aktueller und drohender Altersarmut, Effekte auf regionale Wirtschaftskreisläufe und demografische Aspekte zu beachten,
2. welche Maßnahmen mit welchen Ergebnissen sie in der laufenden Legislaturperiode ergriffen hat, um die allgemeine Benachteiligung ostdeutscher Rentnerinnen und Rentner zu beenden,
3. welche Maßnahmen mit welchen Ergebnissen sie in der laufenden Legislaturperiode ergriffen hat, um die spezielle Diskriminierung von in der DDR geschiedenen Frauen und verschiedener DDR-Berufsgruppen in der Rente zu begegnen,
4. wieviele Menschen in Thüringen Grundsicherung im Alter beziehen und wieviele trotz eines gesetzlichen Anspruchs diesen nicht wahrnehmen.

Außerdem soll sich die Landesregierung im Bundesrat

- für eine Angleichung des ostdeutschen an das westdeutsche Rentenniveau bis spätestens 2017 einsetzen. Dabei ist zu beachten, dass die Höherwertung ostdeutscher Löhne und Gehälter beibehalten bleibt, bis es keine Lohndiskriminierung Ost-West mehr gibt.
- für eine Beendigung der speziellen Diskriminierung in der DDR geschiedener Frauen und für einen entsprechenden Nachteilsausgleich engagieren,
- für eine Beendigung der Rentendiskriminierung verschiedener Berufsgruppen in der DDR sowie weiterer Betroffener von Überführungslücken im Rahmen der Zusammenlegung der Rentensysteme Ost und West einsetzen.

Für ein würdevolles Leben im Alter



„Die LINKE unterstützt die Forderungen nach existenzsichernden Löhnen, guter Arbeit und würdevollem Leben im Alter uneingeschränkt“, hatte MdL Ina Leukefeld nach der Tagung des Thüringer Arbeitslosenparlaments mit dem Themenschwerpunkt Altersarmut am 2. September erklärt. Das Arbeitslosenparlament, das zu seiner 33. Tagung am 2. September im Landtag in Erfurt auf Einladung der Fraktionen DIE LINKE, SPD und Grüne zusammengekommen war, hat einen Maßnahmenkatalog für eine künftige Bundesregierung verabschiedet. Viele Beiträge und Kommentare berichteten aus der Perspektive persönlicher Schicksale.

Zur Podiumsdiskussion standen auch die Landtagsabgeordneten Martina Renner und Karola Stange als Bundestagskandidatinnen der LINKEN Rede und Antwort. Bei der abschließenden Demonstration vor dem Landtag über-

gab Ina Leukefeld im Auftrag des Abgeordneten-Vereins Alternative 54 e.V. einen Scheck in Höhe von 400 Euro, um die weitere Arbeit der Arbeitsloseninitiativen und des Arbeitslosenparlamentes zu unterstützen. Spontan gab die SPD-Landtagsabgeordnete Birgit Pelke persönlich 100 Euro dazu.

„Die LINKE ist ein verlässlicher Ansprechpartner der Erwerbsloseninitiativen, deren Engagement eine demokratische Bereicherung ist, weil sie denen eine hörbare Stimme geben, die sonst allzu oft totgeschwiegen werden“, sagte Ina Leukefeld. Sie betonte, dass die Bundestagswahl eine wichtige Rahmensezung für die künftige Arbeitsmarktpolitik darstellt: „Mindestlohn und existenzsichernde Rente werden auf dem Bundesparkett abgesteckt. Deshalb braucht es auch über Thüringen hinaus eine starke LINKE, die für soziale Gerechtigkeit steht.“ ■